



Max-Planck-Gesellschaft



Die Anfänge eines Forschungsriesen

Am 26. Februar 2018 begeht die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ihr 70. Gründungsjubiläum

Bei den recht turbulenten Anfängen der heute größten außeruniversitären Wissenschaftsorganisation Deutschlands spielten neben Meinungsverschiedenheiten der Besatzungsmächte auch der lange Schatten der Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, eine Rolle.

Autoren: Birgit Kolboske / Prof. Dr. Jürgen Renn / Dr. Florian Schmaltz / PD Dr. Alexander von Schwerin / Dr. Sascha Topp

Mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) war 1911 im Deutschen Kaiserreich eine neuartige Wissenschaftsorganisation geschaffen worden. Ihre Institute sollten überwiegend in neuen, vielversprechenden interdisziplinären Forschungsgebieten tätig werden, die es damals im Fächerkanon der Universitäten noch nicht gab. Einem elitären Anspruch folgend, sollte die KWG die „besten Köpfe“ zur Mitarbeit gewinnen. Den Wissenschaftlern wurden ideale Forschungsbedingungen geboten, bewusst ohne zeitraubende Lehrverpflichtungen.



Max Planck wurde zum Namenspatron der neuen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

© Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

Dieses Erfolgsmodell der KWG erwies sich als stabil – und nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auch als regimekonform. Die KWG avancierte zu einer willigen Unterstützerin der nationalsozialistischen Rüstungs- und Eroberungspolitik, und sie arbeitete der Rassen- und Bevölkerungspolitik des NS-Regimes wissenschaftlich zu.

Nach der Besetzung Deutschlands im Mai 1945 zogen die Militärregierungen der Alliierten die Kontrolle über die Haushaltsmittel der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an sich. Zugleich leiteten sie Maßnahmen zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der wichtigsten Organisation der deutschen Wissenschaftselite ein. Die Fortexistenz der KWG stand damit unmittelbar in Frage.

Auf amerikanische Initiative hin diskutierte der Alliierte Kontrollrat, die gemeinsame oberste Besatzungsbehörde, Anfang August 1946 die vollständige Auflösung der KWG. Eine entsprechende Gesetzesvorlage fand bei den sowjetischen und französischen Vertretern Zustimmung, nicht aber auf britischer Seite. In der britischen Besatzungszone befand sich die im Februar 1945 aus dem ausgebombten Berliner Schloss nach Göttingen verlegte Generalverwaltung der KWG. Die Nachricht der drohenden Auflösung alarmierte Colonel Bertie K. Blount, den für Wissenschaft und Forschung zuständigen Offizier der Alliierten Kontrollkommission in der britischen Zone.

Blount unterstützte den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft tatkräftig. Schon im November 1945 hatte die britische Regierung Otto Hahn mit der Reorganisation der deutschen Wissenschaft und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beauftragt. Am 1. April 1946 wurde der Chemiker, der 1938 an der Entdeckung der Kernspaltung beteiligt gewesen war und dafür nach Kriegsende den Nobelpreis erhalten hatte, zum Präsidenten der Gesellschaft ernannt worden. Der 88-jährige Max Planck, bis 1937 Präsident

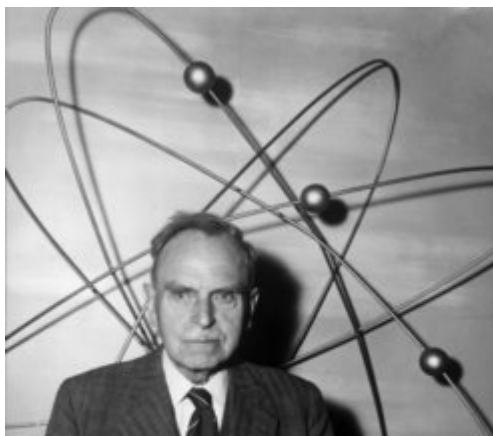
der KWG, lehnte aus Altersgründen eine erneute Amtszeit ab. Er war aber bereit, als Namenspatron einer neuen Gesellschaft zu fungieren.

Blount hatte eine Neugründung der Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft unter anderem Namen ins Spiel gebracht. International galt Planck als herausragender Wissenschaftler, und seine Reputation hatte den Krieg unbeschadet überstanden. Zugleich bot er sich als Identifikationsfigur der deutschen Wissenschaft an, da er mit seiner Biographie eine Kontinuität über drei politische Systeme hinweg verkörperte. Die drohende Auflösung der KWG vor Augen, lenkte Hahn nach langem Zögern ein.

Am 11. September 1946 erfolgte die – erste – Gründung der Max-Planck-Gesellschaft in der Britischen Zone. Sie fand im Clementinium, dem Theologischen Konvikt zu Bad Driburg, statt. Ohne die aktive Unterstützung der britischen Militärregierung wäre dieser Schritt undenkbar gewesen. Der Weiterbestand der 13 in der britischen Besatzungszone liegenden Kaiser-Wilhelm-Institute war damit gesichert. Am 23. November 1946 wurde die MPG ins Vereinsregister eingetragen. Die Verhandlungen mit der britischen Research Branch über die Satzung zogen sich noch bis Januar 1947 hin.

Seit November 1946 kursierte der Plan, die in der britischen Zone neugegründete MPG auf die US-Zone auszudehnen. Nicht nur die amerikanische Militärregierung hielt von diesen Plänen zunächst wenig. Auch die Bayerische Staatskanzlei kommentierte das Vorhaben kritisch. Der Grund: Führende Repräsentanten des NS-Staates und der Rüstungsindustrie hätten nachweislich Spitzenstellungen innerhalb der KWG eingenommen, darunter der frühere Landwirtschaftsminister Herbert Backe, der SS-Brigadeführer und Bankier Kurt Freiherr von Schroeder und der letzte Präsident der KWG, Albert Vögler, Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke, der 1945 Suizid verübt hatte. Ein gemeinsamer Appell von zehn Nobelpreisträgern an den Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, vom 5. April 1947, die KWG zu erhalten, stieß auf taube Ohren.

Als sich die Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Besatzungszone unter einer gemeinsamen bizonalen Verwaltung abzeichnete, eröffneten sich jedoch neue Spielräume. Im September 1947 stimmte Clay schließlich auch dem bizonalen Zusammenschluss von Forschungsinstituten zu. Er machte zur Bedingung, dass die neue Max-Planck-Gesellschaft von Industrie und Staat unabhängig und offen für die Aufnahme weiterer Institute bleiben sollte.





Otto Hahn wurde Gründungspräsident der Max-Planck-Gesellschaft. Der Chemiker hatte mit Lise Meitner und Fritz Straßmann 1938 die Kernspaltung entdeckt.

© AKG/AP

Diese Vorgaben der Alliierten und die Randbedingungen der Gründung sollten sich auch langfristig auf die Gestaltung und das Selbstverständnis der MPG als einer staats- und wirtschaftsfernen Forschungsinstitution auswirken. Am 26. Februar 1948 konnte schließlich die Gründung der MPG in den nun vereinten beiden Besatzungszonen erfolgen.

Nun blieb noch die Frage, was passiert mit den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der französischen Besatzungszone? Die französische Militärregierung und das Land Württemberg-Hohenzollern unterstützten diese großzügig und strebten deren Angliederung an die Universitäten an. Der Zusammenschluss der drei westlichen Besatzungszonen und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 führten jedoch dazu, dass am 8. Juli auch die französische Militärregierung die Gültigkeit der Satzung der MPG für das gesamte Bundesgebiet anerkannte. Die in der französischen Zone gelegenen Kaiser- Wilhelm-Institute wurden am 15. Oktober und 18. November 1949 in die MPG aufgenommen.

Darüber hinaus existierten noch Kaiser-Wilhelm-Institute mit Standort in Berlin. Hier konnten die Westmächte nur bedingt Einfluss nehmen. Die komplizierte Situation in der vierfach geteilten Stadt verschärfte sich mit der sowjetischen Berlin-Blockade 1947/48. Der sowjetisch kontrollierte Magistrat von Berlin hatte 1947 mit dem Chemiker und Widerstandskämpfer Robert Havemann einen eigenen kommissarischen Leiter der KWG eingesetzt. Die Generalverwaltung in Göttingen lehnte diesen Konkurrenten vehement ab und stellte ihn administrativ kalt.

Erst Anfang der 1950er Jahre gelang es, die in Westberlin verbliebenen Institute an die MPG anzugliedern. 1960 wurde die KWG schließlich, nach Klärung der Vermögensfragen, juristisch liquidiert. Der schrittweise verlaufende Gründungsprozess der Max-Planck-Gesellschaft, der am 11. September 1946 in der britischen Zone seinen Ausgangspunkt genommen hatte, fand letztlich erst mit der Aufnahme der letzten Institute in West-Berlin im Jahr 1953 seinen Abschluss.

Nun konnte die MPG unter den neuen Randbedingungen eines föderalen und demokratischen Staats mit dem Ausbau beginnen. Infolge der mit der Währungsunion verbundenen Geldentwertung waren der Gesellschaft jedoch zunächst die privaten Spenden weggebrochen.

In den Jahrzehnten vor dem Krieg hatten Einzelspenden und Gelder aus der Industrie die Hälfte des

Mittelbedarfs der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft abgedeckt. Ein Zurück zu diesen Verhältnissen kam aus politischen Gründen nicht infrage. Die Max-Planck-Gesellschaft sollte anders als ihre Vorgängerin unabhängiger sein in der Wahl ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung. An die Stelle privater Geldgeber und der Industrie traten nun die Länder.

Kurz vor der Gründung der Bundesrepublik schrieb ein im Jahr 1949 in Königsstein (Taunus) ratifiziertes Staatsabkommen die Kultus- und Finanzhoheit der Ländergemeinschaft für überregionale Forschungsorganisationen fest. Dazu zählte auch die Max-Planck-Gesellschaft.

Diese Grundlage sowie der spätere Einstieg des Bundes durch ein ergänzendes Verwaltungsabkommen von 1964 bescherte der MPG ein enormes strukturelles Wachstum bis zum Beginn der 1970er Jahre. Ihr Budget stieg von anfangs 17 Millionen auf 454 Millionen Mark im Jahr 1971 an.



Die Kaiser-Wilhelm-Institute für Zellphysiologie und für Physik in Berlin- Dahlem wurden in den 1950er Jahren in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen.

© Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

Anfang der 1950er Jahre war die wissenschaftliche Landschaft der jungen Bundesrepublik im Umbruch. Die Zeiten hatten sich geändert. Am deutlichsten bekamen das die Atomforscher zu spüren. Im Nationalsozialismus hatten sie zur staatstragenden Wissenschaftselite gehört, der das Regime kaum eine Bitte verwehrte. Unter alliierter Besatzung war dagegen jede militärisch relevante Forschung untersagt. Die zahlreichen prominenten Atomphysiker in der Max-Planck-Gesellschaft mussten sich vorübergehend anderen Aufgaben zuwenden.

Leichter gesagt als getan, denn die moderne experimentelle Physik war schon damals auf hochaufwendige und vor allem teure Apparaturen angewiesen. Anders sah die Situation für die Wissenschaftler aus, die im Atomprogramm der Nazis den Strahlenschutz organisiert hatten, wie der Direktor des Max-Planck-Instituts für Biophysik, Boris Rajewsky. Vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation begann die Bundesregierung Anfang der 1950er Jahre mit dem Aufbau des zivilen Bevölkerungsschutzes. Daran waren Boris Rajewsky und andere frühere Mitglieder des NS-Atomprogramms entscheidend beteiligt.

Als die Alliierten die Bundesrepublik im Mai 1955 in die Souveränität entließen, konnte die

Bundesregierung nicht nur den Einstieg in die Atomenergie verkünden, sondern endlich an die europäische Kernforschung anschließen. Gegen eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr protestierten indes 18 hochangesehene Atomphysiker, darunter eine Reihe von MPG-Wissenschaftlern und deren Präsident Otto Hahn höchstpersönlich. Bundeskanzler Konrad Adenauer zeigte sich über dieses neue politische Selbstbewusstsein deutscher Wissenschaftler, die sich mitten im Bundestagswahlkampf zu Wort gemeldet hatten, ungehalten.

Der Appell für eine Wissenschaft, die friedlichen Zielen dient, kann als Ausdruck eines erzwungenen Lernprozesses verstanden werden. Dieser reagierte nicht nur auf die Erfahrungen der destruktiven Potenziale der Wissenschaft, die im Nationalsozialismus und in der Kriegsforschung im Zweiten Weltkrieg freigesetzt worden waren, sondern war auch durch die Ausgangsbedingungen geprägt, die die Alliierten für die Gründung der MPG gesetzt hatten. Sie sollten sich allmählich in einem neuen Selbstverständnis der Gesellschaft widerspiegeln, in dessen Zentrum eine deutlichere Konzentration auf „reine“ Grundlagenforschung stand, auch in Abgrenzung von der Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Die neugegründete MPG übernahm andererseits nicht nur die Institute der KWG, sondern auch das wissenschaftliche Personal. Viele der – überwiegend männlichen – MPG-Wissenschaftler waren, wie wir inzwischen wissen, in die nationalsozialistische Rüstungs-, Eroberungs- oder Rassenpolitik involviert. Einige von ihnen hatten an menschenverachtenden Experimenten mitgewirkt, von denen die Weltöffentlichkeit nach 1945 erfuhr. Individuelle Konsequenzen hatte dies in den seltensten Fällen. Kollegialität und Loyalität sowie der Schutz vor einem allgemeinen Ansehensverlust standen bei Gründung und in den Jahrzehnten danach in der MPG im Vordergrund.



Der MPG-Strahlenforscher Boris Rajewsky (im Bild rechts) wurde von Franz Josef Strauß (daneben), dem damaligen Bundesminister für Atomfragen, 1956 gebeten, einen „Sonderausschuss Strahlenschutz“ einzurichten. In der NS-Zeit war Rajewsky am Atomprogramm beteiligt gewesen.

© Archiv der Max-Planck-Gesellschaft

Zu den Ausnahmen gehörte der international renommierte Humangenetiker und überzeugte Rassenhygieniker Otmar Freiherr von Verschuer, der nicht nur die nationalsozialistische Rassenpolitik in Wort und Tat unterstützt hatte. Als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche

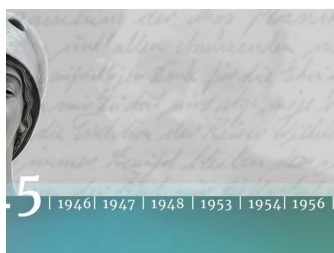
Erblehre und Eugenik hatte er auch mit dem berüchtigten SS-Arzt Josef Mengele in Auschwitz eng zusammengearbeitet.

Seine ehemaligen KWG-Kollegen stellten sich zwar nach 1945 vor ihn, aber eine Weiterbeschäftigung als Institutsdirektor war nicht tragbar. Verschuer erhielt einen Lehrstuhl an der Universität Münster. Hirnforscher der KWG wie Julius Hallervorden und Hugo Spatz wurden, trotz ihrer bekannt gewordenen Untersuchung von Gehirnen aus den nationalsozialistischen Krankenmordaktionen, juristisch nie zur Rechenschaft gezogen.

Es dauerte 50 Jahre, bis sich im Jahr 2001 der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Hubert Markl stellvertretend zur historischen Verantwortung für die Verbrechen, die während der NS-Zeit auch von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft an Menschen verübt worden waren, entschuldigte. Mit folgenden Worten wandte er sich an Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz: „Um Verzeihung bitten kann eigentlich nur ein Täter. Dennoch bitte ich Sie, die überlebenden Opfer, von Herzen um Verzeihung für die, die dies, gleich aus welchen Gründen, selbst auszusprechen, versäumt haben.“

Dieser Artikel erschien erstmals im Geschichtsmagazin DAMALS (2-2018)

Weitere Informationen



Chronik der Max-Planck-Gesellschaft

Hier finden Sie Daten und Meilensteine der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft von 1945 bis in die Gegenwart.

> [mehr](#)

Ansprechpartner

Die Autoren sind Mitarbeiter des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft am Max-Planck- Institut für



Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Die Zeitleiste informiert über Ereignisse, Meilensteine und Wendepunkte der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von der Gründungsidee 1909 bis 1945.

> [mehr](#)

Birgit Kolboske

Max-Planck-Institut für
Wissenschaftsgeschichte, Berlin

Wissenschaftsgeschichte in Berlin.

☎ +49 30 200549-404

✉ Kolboske@mpiwg-berlin.mpg.de

Prof. Dr. Jürgen Renn

Max-Planck-Institut für

Wissenschaftsgeschichte, Berlin

☎ +49 30 22667-101

✉ rennoffice@mpiwg-berlin.mpg.de

Dr. Florian Schmaltz

Max-Planck-Institut für

Wissenschaftsgeschichte, Berlin

☎ +49 30 200549-400

✉ schmaltz@mpiwg-berlin.mpg.de

PhD Dr. Alexander von Schwerin

Max-Planck-Institut für

Wissenschaftsgeschichte, Berlin

☎ +49 30 200549-405

✉ schwerin@mpiwg-berlin.mpg.de

Dr. Sascha Topp

Max-Planck-Institut für

Wissenschaftsgeschichte, Berlin

☎ +49 30 200549-412

✉ stopp@mpiwg-berlin.mpg.de

Literatur

Dieter Hoffmann/Birgit Kolboske/Jürgen Renn
(Hrsg.)

„Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen“

Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-
Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage,
Berlin 2015.

© 2003-2021, Max-Planck-Gesellschaft